



Niederschrift

über die Sitzung des Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschusses 02/2008-2013 am 04.12.2008 im Sitzungsraum 1.22 des Rathauses

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 20.30 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender	Kai Schmidt
Ausschussmitglied	Gerrit Biehl
- „ -	Elisabeth von Bressensdorf
- „ -	Rudi Hennecke
- „ -	Bärbel Karp
- „ -	Dorothee Köster
- „ -	Volker Mittelstaedt (ab 18.40 Uhr, TOP 3)
stellv. Ausschussmitglied	Roswitha Ramcke (f. AM Joachim Riedel)
Ausschussmitglied	Peter Schöpf
- „ -	Katrin Stolley
stellv. Ausschussmitglied	Joachim Süme (f. AM Margitta Neumann)
Ausschussmitglied ohne Stimmrecht	Manfred Teuber
ferner:	Bürgervorsteher Carsten Schäfer
als Gast:	Herr Lerchner - ATS –
seitens der Verwaltung	Bgm. Dornquast (bis TOP 4) Frau Horn, Gleichstellungsbeauftragte Frau Riemer, FBL 2 Frau Hoppe, Protokollführerin
Entschuldigt fehlen:	AM Margitta Neumann AM Joachim Riedel



Vor Sitzungsbeginn wird von der CDU-Fraktion ein Antrag zum Thema Mehrgenerationenhaus (TOP 4) gestellt.

Dieser ist der Niederschrift beigefügt.

Tagesordnung:

1. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
2. **Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschusses 01/2008-2013 am 11.09.2008**
3. **Informationen der ambulanten und teilstationären Suchtberatung (ATS)**
4. **Mehrgenerationenhaus
- Anträge der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, WHU-Fraktion -**
5. **Bericht der Gleichstellungsbeauftragten**
6. **Unterrichtungen / Anfragen**
7. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

„Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschusses 01/2008-2013“

Es werden keine Einwendungen gegen die Niederschrift erhoben. Sie gilt damit als genehmigt.



Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Informationen der ambulanten und teilstationären Suchtberatung (ATS)“

Herr Lerchner von der ATS berichtet über die in diesem Jahr durchgeführten Projekte und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Als neues Projekt wurde in Zusammenarbeit mit dem Rat für Kriminalitätsverhütung der „KlarSichtparcours Schleswig-Holstein 2009“ entwickelt.

Anmerkung zur Niederschrift:

Informationen hierzu finden Sie unter www.lssh.de, weiter unter „Kampagnen“, weiter unter „KlarSicht Schleswig-Holstein“.

Herr Lerchner teilt mit, dass voraussichtlich ab dem 2. Halbjahr 2009 wöchentliche Sprechstunden in der Schule am Beckersberg durchgeführt werden.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Mehrgenerationenhaus“

- Anträge der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, WHU-Fraktion –

Der Ausschussvorsitzende erläutert die bisherige Entwicklung des Projektes.

Anschließend stellen Herr Hennecke, Frau Köster und Frau von Bressensdorf die Anträge der jeweiligen Fraktionen vor.

Frau Köster kritisiert in diesem Zusammenhang, dass der Antrag der SPD-Fraktion keine Beteiligung der WHU im Koordinationsausschuss vorsieht.

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass es sich lediglich um einen Vorschlag zur Besetzung eines Koordinationsausschusses handelt. Entscheidungen werden selbstverständlich durch die gemeindlichen Gremien getroffen.

Während bisher davon ausgegangen wurde, dass lediglich das Familienzentrum oder das Diakonische Werk als Träger einer solchen Einrichtung in Frage kommen, spricht sich die CDU-Fraktion in ihrem jetzt vorgelegten Antrag für eine Trägerschaft der VHS aus.

Der Leiter der VHS, Herr Dr. Brems, ist als Zuschauer anwesend. Mit Zustimmung der Ausschussmitglieder bittet der Ausschussvorsitzende ihn, zu diesem Thema Stellung zu nehmen.

Herr Dr. Brems erklärt, dass die VHS grundsätzlich an einer Trägerschaft interessiert ist. Seiner Ansicht nach sollte allerdings zunächst eine Lenkungsgruppe für die Erarbeitung eines Programms gebildet werden.

In der sich anschließenden Diskussion werden die unterschiedlichen Positionen deutlich. Während SPD-Fraktion und WHU-Fraktion dafür plädieren anlässlich der heutigen Sitzung sowohl die Trägerschaft als auch die Besetzung des Koordinationsausschusses zu beschließen, wird seitens der CDU-Fraktion die Ansicht vertreten, dass hinsichtlich der Trägerschaft zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Entscheidung erforderlich ist.



Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung wird zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion bezüglich der Trägerschaft abgestimmt.

Beschluss: **Der Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschuss beschließt, die Trägerschaft für das zukünftige Mehrgenerationenhaus dem Familienzentrum Henstedt-Ulzburg e.V. zu übertragen.**

Beschlussfassung: **7 Stimmen dafür (SPD-Fraktion, WHU-Fraktion)**
 3 Stimmen dagegen (Frau v.Bressensdorf, Herr Mittelstaedt, Herr Süme)
 1 Enthaltung (Herr Biehl)

Es folgt die Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion bezüglich der Bildung eines Koordinationsausschusses inklusive der Änderungen, dass ein/eine Vertreter/in der WHU-Fraktion – diese/r muss Mitglied des Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschusses sein - dem Ausschuss als ständiges Mitglied und jeweils ein/eine Vertreter/in der Diakonie und BürgerAktiv e.V. als nicht ständige Mitglieder angehören.

Beschluss: **Der Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschuss beschließt, einen Koordinationsausschuss Mehrgenerationenhaus zu bilden.**

**Ihm gehören als ständige Mitglieder an:
der Vorsitzende des Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschusses als Vorsitzender, der Vorsitzende des Umwelt- und Planungsausschusses, der Vorsitzende des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, der Bürgermeister, die Vorsitzende des Familienzentrums Henstedt-Ulzburg e.V., die Gleichstellungsbeauftragte, ein Mitglied des Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschusses der WHU-Fraktion.**

**Ihm gehören als nicht ständige Mitglieder an:
ein/eine Vertreter/in des Seniorenbeirates, ein/e Vertreter/in des Kinder- und Jugendparlamentes, ein/e Vertreter/in der Sozialen AG, ein/e Vertreter/in der Volkshochschule Henstedt-Ulzburg, ein/e Vertreter/in des SV Henstedt-Ulzburg, ein/e Vertreter/in der Diakonie, ein/e Vertreter/in von BürgerAktiv e.V.**

Bei Bedarf werden weitere Vertreter von Vereinen und Verbänden hinzugezogen.

Beschlussfassung: **8 Stimmen dafür (SPD-Fraktion, WHU-Fraktion, Frau v. Bressensdorf)**
 1 Stimme dagegen (Herr Süme)
 2 Enthaltungen (Herr Biehl, Herr Mittelstaedt)



Der Ausschussvorsitzende erklärt, dass er beabsichtigt, die Mitglieder des Koordinationsausschusses Ende Januar/Anfang Februar 2009 zu einem Gespräch einzuladen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

„Bericht der Gleichstellungsbeauftragten“

Die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Horn, gibt einen Überblick über die Aktivitäten des vergangenen Jahres.

Der schriftliche Bericht wird im 1.Quartal 2009 vorgelegt.

Da ein großer Teil der internen und externen Beratungen den Bereich Berufstätigkeit von Frauen betreffen, schlägt Frau Horn vor, Frau Kreuzmann von der Beratungsstelle „Frau und Beruf“ zur nächsten Sitzung einzuladen, um weitere Informationen zu diesem Thema zu erhalten.

Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Vorschlag zu.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

„Unterrichtungen / Anfragen“

a) Der vorgelegte Bericht bezüglich der Nationalitäten der Asylbewerber wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

b) Frau Köster erkundigt sich, was zwischenzeitlich bezüglich Beseitigung der Missstände im Bereich des Rantzauer Forstes unternommen wurde.

Anmerkung zur Niederschrift :

Seitens der Gemeinde besteht diesbezüglich keine Handlungsmöglichkeit. Aus diesem Grunde wurde das zuständige Forstamt Rantzau vor geraumer Zeit schriftlich auf die Missstände hingewiesen und gebeten für Abhilfe zu sorgen. Bisher steht eine Antwort noch aus.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

„ Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner “

Es werden keine Fragen gestellt.

gez. Kai Schmidt
(Ausschussvorsitzender)

gez. Hannelore Hoppe
(Protokollführerin)

gesehen:

gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)

**Elisabeth von Bressendorf
CDU-Sprecherin für den
Sozialausschuss**

04. Dezember 2008

CDU-Antrag zum Thema Mehrgenerationenhaus

Die CDU unterstützt die Anträge für ein „Mehrgenerationenhaus“, da eine solche Einrichtung durch die demografische Entwicklung unverzichtbar ist. Nach den vorliegenden Studien wird in den kommenden 10 Jahren die Altersgruppe 60+ in unserer Gemeinde um ca. 3000 anwachsen, d.h. von heute 5.600 Senioren werden dann ca. 8.600 Senioren in unserer Gemeinde leben. Der Anteil an der gesamten Einwohnerzahl wird von 22% auf ca. 33% steigen.

Was ist ein Mehrgenerationenhaus ?

Eine solche Einrichtung ist eine Begegnungsstätte, in der sich Menschen verschiedenen Lebensalters ungezwungen begegnen. Es ist ein Ort an dem gegenseitiger Austausch von Kompetenzen und Begabungen von Jung und Alt erfolgen soll. So entsteht ein generationsübergreifendes Netzwerk, in das sich jeder mit seinen Fähigkeiten einbringen kann.

Inzwischen gibt es bundesweit mehr als 500 solcher Einrichtungen, die sich in der Praxis bewährt haben.

Grundsätzliche Voraussetzungen!

Aus den Gesprächen mit erfolgreichen Einrichtungen haben sich folgende grundsätzliche Kriterien ergeben, die für die Gründung einer solchen Einrichtung zu beachten sind:

- Es ist hilfreich, wenn mehrere Einrichtungen unter einem Dach betrieben werden.
- Es muss ein Cafe oder Restaurant für ungezwungene Begegnungen zur Verfügung stehen.
- Es sollte ein Träger gefunden werden, der eigene Programme mit einbringen kann und die organisatorische Abwicklung übernehmen kann.

Die CDU stellt daher folgende weitergehende Anträge:

Standortvorschlag für unsere Gemeinde

Die CDU schlägt als Standort das Bürgerhaus vor

Begründung:

Die Haushaltslage wird über einen längeren Zeitraum keine Mittel für einen Neubau ermöglichen.

Im Bürgerhaus wird bereits ein Kindergarten und ein Hort betrieben, Einrichtungen die in das Konzept integriert werden können.

Die vorhandene Restauration kann an das Konzept angepasst werden.

In unmittelbarer Nähe befindet sich ein Sportzentrum.

Das Familienzentrum sollte in das Bürgerhaus integriert werden, da der jetzige Standort ohnehin in Frage steht.

Trägerschaft:

Als Träger schlägt die CDU die VHS vor.

Begründung:

Eine solche Trägerschaft hat sich in bestehenden Häusern als sehr erfolgreich erwiesen. Die VHS kann zum einen Programmbeiträge beisteuern und zum anderen die administrative Abwicklung gegen eine Kostenerstattung übernehmen. Wir befürchten, dass mit diesen **beiden** Funktionen das Familienzentrum überfordert wäre.

Programm-Entwicklung

Die CDU schlägt vor, zunächst einen Koordinierungskreis mit der Erarbeitung eines Programms zu beauftragen, aus dem sich dann alle weiteren Fragen wie Raumbedarf, Personalisierung etc. ergeben.

**Elisabeth von Bressendorf
CDU-Sprecherin für den
Sozialausschuss**